

Antrag 4/I/2021

SPD-OV Oststadt/Zoo

Der Landesparteitag möge beschließen:

Verbot von Waffenexporten

1 Es möge der Landesparteitag der SPD Niedersachsen folgenden Beschluss fassen und diesen an den SPD-
2 Landes- und Bundesvorstand, die Bundestagsfraktion, die niedersächsische Landesregierung und die SPD-
3 Landtagsfraktion für die Vorbereitung einer entsprechenden Bundesratsinitiative weiterleiten:

4 „Die SPD Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass zukünftig Waffenexporte aus Deutschland heraus höchst-
5 tens an NATO-Bündnispartner erfolgen, die garantieren, dass die Waffen nicht in die Hände Dritter gelan-
6 gen.“

7

8 **Begründung**

9 Nach Art. 26 Abs.1 GG sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das
10 friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzube-
11 reiten, verfassungswidrig und nach Satz 2 unter Strafe zu stellen.

12 Die Regelung des Art. 26 Abs.2 GG regelt das Verfahren für die Herstellung, Beförderung und das Inverkehr-
13 bringen von Kriegswaffen, stellt jedoch keine Ausnahme zu der Regel des Art. 26 Abs.1 GG dar.

14 Dennoch werden Kriege und Bürgerkriege weltweit unter zunehmender Beteiligung deutscher Waffen ge-
15 führt – massive Bürgerkriegshandlungen in Libyen wurden mit Waffen aus deutscher Produktion geführt,
16 selbst an den Giftgaseinsätzen in Syrien im August 2013 waren deutsche Produzenten mit beteiligt.

17 Höhepunkt der menschenunwürdigsten Rüstungsexporte war im Jahr 2011 der von der schwarz-gelben
18 Bundesregierung veranlasste Export von 200 Leopard-Panzern an das nicht gerade für die Achtung demo-
19 kratischer Prinzipien und Menschenrechte bekannte Saudi-Arabien, in welchem homosexuelle Menschen
20 mit der Todesstrafe bedroht und Regimegegner willkürlich hingerichtet werden.

21 Nach neuen Berichten sollen mittlerweile größere Waffenbestände, die von Deutschland an die kurdischen
22 Peschmerga geliefert worden sind, an den IS weiterverkauft worden sein.

23 Seit vielen Jahren gehört Deutschland zu den vier größten Waffenexporteuren der Welt. Dieser unhaltbare
24 Zustand muss aus Gründen des Völkerrechts und der Menschenrechte unverzüglich ein Ende finden.

25

Empfehlung der Antragskommission

Erledigt durch Beschlussfassung Landesparteitag 14.04.2018 und Landesparteirat 23.11.2019